

Protokoll der Einwohnerversammlung Stuttgart - Stammheim

Datum	11. April 2016
Beginn	19:00 Uhr
Ende	21:16 Uhr
Ort	Sporthalle Stammheim, Münchinger Str. 60

Vorsitz	Oberbürgermeister Kuhn
Protokollführung	Susanne Laufenberg Stellv. Bezirksvorsteherin

I. Begrüßung durch Frau Bezirksvorsteherin Korge

Einleitend erinnert Frau Bezirksvorsteherin Korge an die letzte Bürgerversammlung am 20. Juli 2009. Nun, nach Änderung der Gemeindeordnung, handele es sich heute um die erste EINWOHNERversammlung Stuttgarts.

Frau Korge eröffnet die Einwohnerversammlung und heißt Herrn Oberbürgermeister Kuhn in Stammheim herzlich willkommen. Ebenso herzlich begrüßt Sie Herrn Bürgermeister Dr. Schairer (Referat Sicherheit und Ordnung), Frau Bürgermeisterin Fezer (Referat Soziales, Jugend und Gesundheit), Herrn Bürgermeister Thürnau (Technisches Referat) sowie Herrn Bürgermeister Pätzold (Referat Städtebau und Umwelt).

Des Weiteren begrüßt sie Frau Betreuungsstadträtin Judith Vowinkel (SPD), Herrn Betreuungsstadtrat Jürgen Zeeb (Freie Wähler), Herrn Stadtrat Martin Körner (SPD) sowie alle anwesenden Mitglieder des Bezirksbeirats und der Jugendrat-Projektgruppe.

Auch die Herren Bezirksvorsteher Hanus (Zuffenhausen) und Bohlmann (Mühlhausen) und die Kolleginnen und Kollegen aus der Stadtverwaltung heißt sie herzlich willkommen.

Leider verhindert seien Herr Erster Bürgermeister Föll (Referat Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungen), Herr Bürgermeister Wölfle (Referat Allgemeine Verwaltung und Krankenhäuser), Frau Bürgermeisterin Dr. Eisenmann (Referat Kultur, Bildung und Sport) sowie Frau Bundestagsabgeordnete Maag (CDU). Sie lassen sich entschuldigen.

Frau Bezirksvorsteherin Korge freut sich, dass so viele Stammheimerinnen und Stammheimer gekommen sind, denn das signalisiere großes Interesse und großen Informationsbedarf. Es hätten sich auch bereits im Vorfeld bei der Online-Beteiligung einige Personen eingebracht.

Sie erinnert an die vielen Veränderungen im Stadtbezirk. Es gebe viele Baustellen – im übertragenen aber auch im Wortsinn. Obwohl die örtliche Presse dankenswerter Weise gerne über Stammheim berichte, so sei die Nachfrage an Informationen aus erster Hand erfreulich hoch, was sich auch daran zeige, dass die öffentlichen Bezirksbeiratsitzungen gut besucht sind.

Die Landeshauptstadt bestehe aus 23 Stadtbezirken und habe daher viele Facetten. Die Identifikation der Menschen mit ihrem direkten Umfeld sei erfahrungsgemäß sehr groß und die dezentrale Struktur habe viele Vorteile. Auch die Stammheimer Bevölkerung schätze die kurzen Wege im Stadtbezirk – und gleichzeitig durch die U 15 die gute Anbindung mit dem öffentlichen Personennahverkehr in die Innenstadt.

Mit derzeit 12.000 Einwohnerinnen und Einwohner habe Stammheim eine sehr gute Größe erreicht und werde in den nächsten Jahren noch weiter wachsen. Neu Hinzuziehende und neue Institutionen werden im Stadtbezirk gut aufgenommen und schnell integriert. Stammheim sei groß genug, die Infrastruktur vor Ort halten zu können, aber auch klein genug, um ein enges Miteinander und ein sehr gutes Netzwerk zu pflegen. Dies sei Ihrer Ansicht nach eines der hervorstechenden Merkmale Stammheims, ersichtlich auch an den zahlreichen Institutionen und Initiativen. Die Grenzen zwischen Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen seien oft sogar fließend, wie z.B. bei der Stammheimer Runde, dem Heimparlament, dem Seniorenforum, dem Kinder- und Jugendhaus oder der Jugendfarm.

Es gebe viele Kooperationen und Kontakte zwischen Ehrenamtlichen wie z.B. Bezirksbeirat, Kirchen, DRK, Feuerwehr, Vereine, Stadtseniorenrat, Jugendrat-Projektgruppe, Arbeitskreis Kultur, Begegnungsstätte, Freundeskreis Flüchtlinge, Radinitiative, Steuerungsgruppe Fairtrade, usw.

Auch gebe es viele Kooperationen und Kontakte zwischen Hauptamtlichen wie Polizei, Schulen, Presse, Generationenhaus, Stadtteilbibliothek, Bezirksrathaus und den Kolleginnen und Kollegen bei den Fachämtern. Sichtbar sei dies z.B. bei den Ausstellungen, die gerade angeschaut werden können.

Nicht nur heute freue sie sich sehr über die tolle Unterstützung durch die zahlreichen Helferinnen und Helfer und bedanke sich hierfür herzlich. Alle würden dazu beitragen, dass Stammheim ein vielseitiger, interessanter und lebenswerter Stadtbezirk ist. Frau Korge betont, dass für sie am besten und wichtigsten die Stammheimerinnen und Stammheimer selbst seien.

Sie fordert die Anwesenden auf, heute, da ein großer Teil der Verwaltungsspitze anwesend ist, die Gelegenheit für Fragen zu nutzen und zu äußern, was ihnen in Stammheim gefalle – oder vielleicht auch nicht gefalle.

Die Bezirksvorsteherin bedankt sich für die Aufmerksamkeit, wünscht allen einen interessanten und informativen Abend und übergibt das Mikrofon an Herrn Oberbürgermeister Kuhn.

II. Rede von Herrn Oberbürgermeister Kuhn

Herr Oberbürgermeister Kuhn begrüßt Frau Bezirksvorsteherin Korge sowie die Bürgerinnen und Bürger bzw. die Einwohnerinnen und Einwohner. An den Begriff „Einwohnerversammlung“ müsse er sich erst noch gewöhnen. Es spiele aber keine Rolle. Alle, die hier leben, sollen sich als Bürgerinnen und Bürger fühlen.

Stammheim, zum ersten Mal 1192 urkundlich erwähnt und heute ein Ort mit 12.000 Einwohnern, sei einer der Stuttgarter Stadtbezirke, die noch wachsen. Oberbürgermeister Kuhn erinnert daran, dass das Baugenehmigungs- und Bauplanungsverfahren für das Gebiet Langenäcker-Wiesert im Gemeinderat nicht einfach war, da es sich um ein schönes Stück Grünland mit Naherholungsqualität handelt. Aber die Mehrheit, er als Mitglied des Gemeinderats eingeschlossen, habe dann doch für die Wohnbebauung gestimmt, weil in Stuttgart Wohnungen gebraucht werden. Die Abwägung sei nicht leicht gefallen.

Zur Einordnung des Stadtbezirks nennt Oberbürgermeister Kuhn einige Zahlen: Der Ausländeranteil in Stammheim beträgt 18,9 %, also etwas niedriger als im gesamtstädtischen Durchschnitt (24,6%). 40 % der Stammheimer Einwohner und Einwohnerinnen haben Migrationshintergrund, in der Gesamtstadt sind es 43,3 %. Die Stammheimer Bevölkerung ist etwas älter als der Stadtdurchschnitt, nämlich 43,3 Jahre. Das gesamtstädtische Durchschnittsalter beträgt 41,3 Jahre. 6,4 % beträgt der Anteil der Arbeitslosen in Stammheim, 6,8 % in der Gesamtstadt.

Oberbürgermeister Kuhn möchte vier Punkte ansprechen, die die ganze Stadt betreffen, aber auch in Stammheim eine große Rolle spielen.

Zuerst geht er auf das Thema Flüchtlinge ein.

Es sei nie einfach, wenn plötzlich so viele Menschen kommen. Er sei stolz, dass Stuttgart und auch Stammheim diese Problematik gut angenommen und bewältigt haben. Die Menschen seien willkommen. Den Stuttgarter Weg, nämlich die dezentrale Unterbringung in nicht zu großen Einrichtungen fortzusetzen, sei nicht einfach. Die Einrichtungen würden zwar in der Größe wachsen, seien aber über das ganze Stadtgebiet verteilt. Wenn Vorschläge für Standorte neuer Systembauten gemacht werden, sage immer das Umfeld, man sei nicht gegen Flüchtlinge, aber hier gehe es nicht. Trotzdem habe die Stadtgesellschaft hervorragend zusammen gehalten, so dass die 8500 Flüchtlinge, die gegenwärtig in Stuttgart leben, in der Summe ohne große soziale Spannungen sehr gut untergebracht werden konnten. Oberbürgermeister Kuhn betont, dass jedoch der wichtige Teil der Arbeit noch vor uns liegen würde, nämlich die Integration ins Wohnumfeld und in die Arbeit. Der Stuttgarter Weg bedeute, dass die Integration sehr früh ansetzt. Besonders stolz mache ihn, dass vie-

le Ehrenamtliche z.B. bei Stammheim Hilft sich zusätzlich zur Verwaltung um die Flüchtlinge kümmern. Es gebe derzeit 3 300 Personen, die sich ehrenamtlich für die Flüchtlinge engagieren. Oberbürgermeister Kuhn bedankt sich hierfür herzlich, auch bei den Engagierten in Stammheim. Ohne diese ehrenamtliche Arbeit würde es in Stuttgart nicht so gut funktionieren.

Das zweite große Problem, das ganz Stuttgart betreffe, sei die Wohnungsnot. Es gebe Leute, die keine Wohnung haben oder die eine Wohnung suchen. Die Wohnungsnot in Stuttgart betreffe vor allem Menschen mit geringem Einkommen, z.B. alte Menschen, die aus dem gewohnten Umfeld ausziehen wollen oder müssen, aber auch Familien mit vielen Kindern. Stuttgart mache sich daher auf den Weg, wieder mehr geförderten, sozialen Wohnungsbau zu schaffen sowie Mietpreiswohnungsbau im mittleren und unteren Segment, denn es müsse im Grundsatz wieder gelten, dass jemand mit normaler Berufstätigkeit, z.B. als Altenpflegerin/Altenpfleger oder bei der Polizei, sich auch eine Wohnung in Stuttgart leisten kann und nicht ins Hinterland ziehen muss. Gegenwärtig könne man fast 1 800 Wohnungen pro Jahr bauen, davon 2016 fast 600 geförderte Wohnungen. Das sei immer noch zu wenig. Daher seien auch Neubebauungen wie im Bereich Langenäcker-Wiesert nötig. Stuttgart brauche nicht viel mehr Eigentumswohnungen, die keiner bezahlen kann. Momentan sei das Preisniveau im Stuttgarter Kessel nach Hamburg und München deutschlandweit am höchsten. Eine der Hauptaufgaben in Stuttgart sei, jetzt in genügender Zahl Wohnungen zu schaffen für Menschen mit mittlerem und geringem Einkommen. Bei der Bebauung des Rosensteingeländes gehe es darum, auch zusätzlichen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Das dritte Problem, das auch in Stammheim spürbar ist, wenn auch in anderer Form als im Stuttgarter Kessel, sei das Verkehrsproblem und damit verbunden die Feinstaub- und Stickoxidbelastung für die Luftqualität. In den Stuttgarter Kessel fahren gegenwärtig zu viele Fahrzeuge ein. Daher ergeben sich an Tagen mit austauschbarer Wetterlage wie heute Feinstaub- und Stickoxidwerte über den Grenzwerten, weshalb Feinstaubalarm ausgerufen wurde. Dies sei keine politische Entscheidung, sondern immer dann, wenn der Wetterdienst sagt, es kommt eine austauschbare Wetterlage, wird Feinstaubalarm ausgerufen. Bislang seien dem noch zu wenige Leute gefolgt, auch aus dem Umland, da es auch die Pendler nach Stuttgart trifft. Es funktioniere nur, wenn der ÖPNV ausgebaut wird. Momentan diskutiere man Vorschläge mit der SSB. Ein guter Ausbau des ÖPNV sei die Voraussetzung, dass man insgesamt mit weniger Verkehr zurecht komme. Dies sage er als Oberbürgermeister einer Stadt, die auch ganz wesentlich von der Automobilindustrie lebt. Viele Arbeitsplätze sind in der Automobilindustrie und bei den Zulieferern angesiedelt, und trotzdem müsse man schauen, dass die Stadtluft so gesund ist, dass die Grenzwerte nicht dauernd überschritten werden. Dies sei schwierig. Es gehe darum, Ökologie und Ökonomie zusammen zu bringen. Es werde nichts unter den Teppich gekehrt. Er sei viel bei der Automobilindustrie um zu appellieren und darauf zu drängen, dass endlich eine bessere Verkehrstechnik kommt.

Man sehe selbst vor Ort, wie gut die U 15 Stammheim tue. Im Vorfeld dieser Versammlung seien dahingehend Beschwerden eingegangen, dass die U 15 oftmals Verspätungen habe bzw. aufbaue. Daraufhin habe er sich bei der SSB nach den Ursachen erkundigt. Alleinige Ursache seien Staus an den Stellen, an denen die Stadtbahn auf der Straße fährt. Man müsse daran arbeiten, dass keine Staus entstehen, auch im Hinblick auf auswärtige Personen, die im Umfeld der Stadtbahnhaltestellen ihr Auto abstellen, um dann mit der U 15 in die Stadtmitte zu fahren. Er sei zwar als

Oberbürgermeister froh, wenn das Auto abgestellt wird und zur Weiterfahrt die Stadtbahn genutzt wird, man müsse aber erreichen, dass die Fahrzeuge an P & R Parkplätzen abgestellt werden und nicht in Wohngebieten, weil sonst Stau und Belastungen in die Wohngebiete getragen werden. Darauf werde zukünftig verstärkt geachtet. Ferner wolle man den Radverkehr stärken. Das Einrichten neuer Radwege sei jedoch oft mit Einschränkungen bei der Straße verbunden. Wenn man in der Freihofstraße neben der Stadtbahn Radwege bauen wollte, werde es für den Autoverkehr noch enger. Nach Ansicht des Oberbürgermeisters müssten alle Verkehrsteilnehmer in gewisser Hinsicht gleichberechtigt sein, es dürfe nicht zu Lasten einer Mobilitätsform, hier zu Lasten des Radverkehrs, gehen.

In Stammheim gibt es ein paar positive Entwicklungen. Am 29. April 2016 werde er das neue Feuerwehrhaus einweihen. Spannend sei die Frage, was am alten Feuerwehrstandort im Erdgeschoss des Gemeindehauses geschehen kann. Derzeit werden die Nutzungsmöglichkeiten geprüft. Es wäre schön, wenn dort eine vernünftige öffentliche Nutzung möglich würde.

Die Sanierung entlang der Linie U 15 der Freihofstraße und des Freihofplatzes liege ihm persönlich sehr am Herzen. Im Sanierungsprogramm seien noch Sanierungsmittel verfügbar. Er sei zuversichtlich, dass auch der Freihofplatz saniert werden könne. Heute wurde mit den Arbeiten begonnen, den unebenen Belag zu entfernen. Auch sei er zuversichtlich, dass man doch noch mit den privaten Eigentümern ins Gespräch komme. Sollte dies nicht gelingen, werden Schritt für Schritt punktuelle Verbesserungen in diesem Ortskern des Stadtbezirks durchgeführt werden, so dass dort eine höhere Aufenthaltsqualität erlangt wird.

Natürlich seien die Baumaßnahmen innerhalb der JVA und des OLG Gebäudes eine Belastung für den Ort. Oberbürgermeister Kuhn hofft, dass nach Beendigung der Bautätigkeiten auch die Belästigungen durch das laute Rufen in die JVA und aus der JVA heraus zurück gehen.

Das Thema Güterumschlag im Kornwestheimer Gewerbegebiet sei natürlich drängend. Die aufgestapelten Container muten schwierig an. Stuttgart werde mit der Stadt Kornwestheim noch das eine oder andere Mal zu reden haben, ob es Maßnahmen gibt, die die Situation für Stammheim verbessern, nicht nur was Lärm angeht, sondern auch im Hinblick auf die Frage, wie man in dem Gewerbegebiet agiert.

Aus der Kriminalstatistik sei Positives zu vermelden: Der Stadtbezirk Stammheim gehört in Stuttgart zu den sichersten Stadtbezirken was z.B. Einbrüche angeht. Bürgermeister Dr. Schairer könne zu den Details Auskunft geben. Er habe den Eindruck, dass die Stammheimer und Stammheimerinnen sich sehr um ihren Stadtbezirk und um die Nachbarschaft kümmern, was bestimmt auch ein Grund ist, dass wenig geschieht, da das nachbarschaftliche Umfeld eine große Rolle bei der Frage spielt, wie hoch die Kriminalität in einem Stadtbezirk ist.

Oberbürgermeister Kuhn betont, es gebe in Stammheim ein hochentwickeltes Vereins- und Gemeinschaftsleben. Dies könne man überall lesen und werde von den Betreuungsstadträten bestätigt. Diesbezüglich könne er Stammheim nur loben.

Die Kita-Versorgung in Stammheim sei ganz gut, was nicht heißen soll, dass man die Hände in den Schoß legen könne, es könne vielmehr immer noch etwas verbessert werden. Die Park-Realschule zieht mit den Klassen 5 und 6 nach Stammheim und

die Ganztagesgrundschule startet mit den Klassen 1 und 2. Dies hält Oberbürgermeister Kuhn für sehr wichtig.

Die Versorgung des Stadtbezirks mit öffentlichen Einrichtungen und Geschäften sei noch ganz gut, obwohl das Jobcenter nach Zuffenhausen umgezogen ist. Die BW Bank beabsichtigt, die Beratung vor Ort beizubehalten, jedoch wird es keinen personenbesetzten Schalter mehr geben. Grund dafür sei, dass aufgrund des elektronischen Bankverkehrs und der Bankomaten weniger Menschen kommen und eine Serviceleistung am Schalter in Anspruch nehmen würden. Beratungsleistung z.B. in Bezug auf Kredite werde aber weiterhin angeboten werden.

Entlang der Stadtbahn gebe es generell noch viele Geschäfte. Die Wirtschaftsförderung und auch der Bezirksbeirat machen sich natürlich Sorgen. Man müsse schauen, ob etwas fehlt, aber im Vergleich zu anderen Stadtbezirken sei die Lage immer noch ganz gut.

Wie auf jeder Einwohnerversammlung appelliert Oberbürgermeister Kuhn eindringlich: Die Frage, ob die Infrastruktur bleibt oder nicht, hänge ganz wesentlich von uns allen ab. Wenn man Geschäfte haben möchte, müsse man auch in diesen einkaufen. Es genüge nicht, mit dem Auto zum großen Supermarkt außerhalb zu fahren und nur das, was vergessen wurde, vor Ort zu kaufen. Davon könne der örtliche Handel nicht leben. Das Kaufen im Stadtbezirk sei bürgerschaftliches Engagement für die Infrastruktur.

Oberbürgermeister Kuhn betont, Stammheim sei ein toller Stadtbezirk. Dies könne er aber auch von der Gesamtstadt sagen. Wichtig sei, beim Wohnen, beim Verkehr aber auch beim Thema Energie die Zukunft jetzt anzupacken, da große Veränderungen anstehen würden. Die Energiewende, also ohne Atom- und Kohlestrom auszukommen, müsse in Stuttgart erst noch geschafft werden. Aber für all das lohne es sich, für die Stadt und die Interessen der Bürgerinnen und Bürger einzustehen und sich zu engagieren.

Oberbürgermeister Kuhn ist gespannt auf die Beiträge und auf die Diskussion. Er bedankt sich für die Aufmerksamkeit.

Nr.	Wortmeldung Name und Adresse	Stellungnahme	Abschließend beantwortet	Weitere Bearbeitung/ Erledigung durch
1	<p><u>Thema:</u></p> <p>Kornwestheim – Erweiterung Industrie- und Gewerbegebiet</p> <p>Kornwestheims Baupläne an der Gemarkungsgrenze zu Stammheim seien unzumutbar für die Bewohner des Gebiets Ehniweg und Sieben Morgen.</p> <p>Nur 110 m entfernt werde eine gigantische Mehrzweckhalle mit geplantem 24-Stunden-Betrieb gebaut. Stammheimer Bürger erfuhren bei ihren Einwendungen gegen die Kornwestheimer Baumaßnahmen keinerlei Unterstützung durch die Stadt Stuttgart.</p> <p>Ein Bürger fragt, wo der mehrfach versprochene Schutz für die Stammheimer Bevölkerung bleibt?</p>	Siehe Nr. 2	Siehe Nr. 2	Siehe Nr. 2

<p>2</p>	<p><u>Thema:</u></p> <p>Kornwestheim – Erweiterung Industrie- und Gewerbegebiet</p> <p>Eine Bürgerin erzählt, dass sie vor 20 Jahren ihr Reihenhaus im Sieben Morgen im Programm Familienfreundliches Wohnen gekauft habe und damals im Kaufvertrag unterschrieben, kein Gewerbe zu betreiben. Sie ging als Laie davon aus, dass es sich um ein reines Wohngebiet handelt, musste nun aber erkennen, dass das Gebiet Sieben Morgen als Mischgebiet ausgewiesen wurde.</p> <p>Die Ortsbegehung mit Bürgermeister Wölfle im letzten Jahr sei unbefriedigend verlaufen. Er habe den Eindruck vermittelt, dass die Interessen der Stammheimer der guten Zusammenarbeit mit Kornwestheim bei der Bauplanung untergeordnet seien. An der Aussprache nach dem Rundgang habe Bürgermeister Wölfle nicht teilgenommen.</p> <p>Es sei unverständlich, dass der Oberbürgermeister und der Bürgermeister nichts gegen diese Flächenversiegelung unternehmen, die ja erst der Anfang sei. Sie wundert sich, dass Kornwestheim Stuttgart „auf der Nase herumtanzen“ kann. Stuttgart habe Sieben Morgen nur deshalb als Mischgebiet ausgewiesen, damit Kornwestheim an der Grenze zu Stammheim Industrie und Gewerbe ansiedeln kann.</p> <p>Sie fragt, weshalb die gute Zusammenarbeit mit Kornwestheim wichtiger als die Belange der Stammheimer Bevölkerung sei.</p>	<p><u>Bürgermeister Pätzold</u> betont, Stuttgart ordne sich nicht unter, sondern spreche mit Kornwestheim auf Augenhöhe.</p> <p>Er verstehe den Ärger über die Aufsiedelung, jedoch führe Kornwestheim ein reguläres Bebauungsplanverfahren durch und bewege sich augenblicklich innerhalb der Grenzwerte. Die Einsprüche wurden vom Regierungspräsidium geprüft. Stuttgart habe seine Vorgaben an Kornwestheim gegeben, auch was den Verkehr angeht.</p> <p>Beim Wohngebiet Sieben Morgen handele es sich um ein allgemeines Wohngebiet, nicht um ein Mischgebiet, weshalb höhere Grenzwerte gelten. Bzgl. des Verkehrskonzepts sei Stuttgart in engem Austausch mit Kornwestheim.</p> <p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> erklärt, Kornwestheim könne als selbständige Stadt im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben agieren.</p> <p>Stuttgart bemühe sich um gute nachbarschaftliche Zusammenarbeit. Stuttgart versuche, sehr belastende Dinge abzuhalten.</p>	<p>X</p>	<p>OB Ref. StU</p>
----------	---	---	----------	--------------------------------------

		<p>Über die Folgenreduzierung müssten beide Verwaltungen noch verhandeln. Er werde beim nächsten Treffen mit Oberbürgermeisterin Keck darüber reden.</p> <p>Oberbürgermeister Kuhn betont ebenfalls, dass sich Stuttgart nicht unterordne. Gesetze und Regeln müssten eingehalten werden.</p>		
--	--	---	--	--

3	<p><u>Thema:</u></p> <p>Kornwestheim – Erweiterung Industrie- und Gewerbegebiet</p> <p>Ein Bürger hätte von Bürgermeister Pätzold gerne schriftlich bestätigt, dass es sich beim Gebiet Sieben Morgen um ein reines Wohngebiet handelt.</p> <p>Auch er betont, dass vertraglich untersagt wurde, Gewerbe zu betreiben. Bürgermeister Pätzold sei nicht darüber informiert, was hier abläuft und es sei nicht erkennbar, dass er sich bemüht hat. Er habe den Eindruck, Stuttgart lasse sich „an der Nase herumführen“.</p> <p>Aus dem Kornwestheimer Gewerbegebiet werde nun ein Industriegebiet.</p>	<p><u>Bürgermeister Pätzold</u> erklärt, die Fläche sei vormals ein Mischgebiet gewesen, dann erfolgte die Änderung in ein Allgemeines Wohngebiet.</p> <p>Stuttgart habe Stellungnahmen abgegeben. Die Lärmgrenzwerte seien eingehalten, das Regierungspräsidium hat die Lärmgutachten und Stellungnahmen geprüft und ist der Ansicht, es sei alles rechtens.</p> <p>Man sei mit Kornwestheim in engem Kontakt und poche auf die einzuhaltenden Bedingungen.</p>	X	Ref. StU
---	---	--	---	----------

4	<p><u>Thema:</u></p> <p>Kornwestheim – Erweiterung Industrie- und Gewerbegebiet</p> <p>Eine Bürgerin erzählt, dass wenn sie zum Fenster hinaus schaue, sehe sie nur noch ein Betonwerk. Stammheim sei kein familienfreundliches Gebiet mehr und es werden LKW Fahrer aus aller Welt zugemutet.</p> <p>Sie verstehe nicht, warum sich Stuttgart nicht früher gekümmert hat. Das Thema sei seit Jahren im Gespräch. Nun sei es zu spät.</p> <p>Schon heute gebe es auf der B 27 a Stau durch LKW. Nach der Fertigstellung werde man gar nicht mehr aus Stammheim rauskommen.</p>	<p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> erwidert, man habe sich an Recht und Gesetz zu halten. Sofern Kornwestheim die gesetzlichen Vorgaben und Werte einhält, könne man sich einzig in gutem Einvernehmen bezüglich der Belastungen verständigen, z.B. bei der Verkehrsführung.</p> <p>Er könne nachvollziehen, dass beim Bau / Kauf die Belastungen nicht vorhersehbar waren, möchte jedoch keine falschen Erwartungen erzeugen. Man könne das Gebiet nicht verhindern oder zum Rückbau bringen.</p> <p>Da in der Region auch neue Arbeitsplätze benötigt werden, handele es sich um einen klassischen Interessenkonflikt.</p>	X	
---	--	--	---	--

<p>5</p>	<p><u>Thema:</u></p> <p>Lärmquelle Kornwestheim – Erweiterung Industrie- und Gewerbegebiet, Lärmbelastung durch sonstige Baustellen</p> <p>Ein Bürger führt an, dass durch die <u>Addition</u> der zahlreichen, verschiedenen Lärmquellen, z.B. auch durch die OLG-Baustelle, insgesamt die zulässigen Grenzwerte seiner Meinung nach weit überschritten werden, auch wenn die Richtlinien bei den einzelnen Lärmquellen eingehalten werden. Bereits morgens um 6 Uhr würden 15 LKW vor seiner Tür stehen. Man müsse die Gesamtbelastung betrachten.</p> <p>Er fragt diesbezüglich nach der Verantwortung der Stadt, auch im Hinblick darauf, dass man mit günstigem Wohnraum Familien nach Stammheim locke. Als Bürger werde man nicht ernst genommen. Er fragt, wie groß der Einfluss der Stadt auf Bauten (wie das neue OLG Gebäude) sei, damit die Bürger geschützt werden.</p>	<p><u>Bürgermeister Pätzold</u> erklärt, es gebe Lärmmessungen in diesem Gebiet, die den gesamten Lärm berücksichtigen. Laut Baunutzungsverordnung gelten bei Allgemeinen Wohngebieten für die Bewohner günstigere Grenzwerte als bei Mischgebieten. Er betont, dass in den Prognosen alle Grenzwerte eingehalten werden, weshalb keine Grundlage für eine Klage gegen die Stadt Kornwestheim vorhanden sei. Bzgl. der Lärmgrenzwerte, die in Wohngebieten eingehalten werden müssen, wird der gesamte Lärm betrachtet. Es werde darauf geachtet werden, dass diese Grenzwerte nicht überschritten werden. Was den Verkehr angeht, wird man versuchen, gemeinsam mit Kornwestheim ein Verkehrskonzept zu entwickeln, das die Belastungen so gering wie möglich hält.</p> <p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> erklärt, Stuttgart könne nicht verhindern, dass die Nachbargemeinde ein Industriegebiet an die Grenze baut. Man könne nur dafür sorgen, dass die Grenzwerte eingehalten werden.</p>	<p>X</p>	
----------	---	---	----------	--

<p>6</p>	<p><u>Thema:</u></p> <p>1. Straßenlärm</p> <p>Ein Bürger beklagt sich über den Lärm, den die vier stark befahrenen Straßen im Umfeld verursachen. Dies sei ein Problem, das angegangen werden müsse.</p> <p>2. Langsames Internet / Breitbandverkabelung</p> <p>Er bemängelt das langsame Internet in seinem Wohnbereich.</p>	<p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> ist bewusst, dass viele Stadtbezirke durch Verkehr belastet sind. Er kämpfe dagegen, doch der Kampf sei schwierig und er bittet jeden Einzelnen um Unterstützung.</p> <p>Die gesamte Region habe extrem viel Wirtschafts- und Privatverkehr zu verkraften. Er sieht dieses Thema als große Herausforderung für die Automobilregion. Es müsse mehr Verkehr in das öffentliche Verkehrssystem gebracht werden.</p> <p>Stammheim sei zwar umgeben von großen Straßen, jedoch gebe es auch noch viel Grün.</p> <p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> erklärt, es gebe eine entsprechende Initiative mit der Region Stuttgart und ein Konzept mit dem Ziel, überall in Stuttgart schnelles Internet und Breitbandverkabelung anzubieten.</p> <p>Man müsse die einzelnen Adressen genau anschauen. Er werde eine Antwort erhalten.</p>	<p>X</p>	<p>OB/82</p>
----------	--	--	-----------------	---------------------

<p>7</p>	<p><u>Thema:</u></p> <p>Kornwestheim – Erweiterung Industrie- und Gewerbegebiet, zunehmende Verkehrsbelastung, zukünftige Fernbushaltestelle</p> <p>Nach Ansicht einer Bürgerin resultiert die zunehmende Verkehrsbelastung in Stammheim nicht aus privatem PKW Verkehr, sondern aus Industrie und Gewerbe.</p> <p>Hinzu komme bald zusätzlicher Verkehr aufgrund der Fernbushaltestelle am Kornwestheimer Bahnhof, die über die B 27 a und die Westrandstraße erschlossen wird. Es gibt Gutachten, die jetzt schon vom Erreichen der Belastungsgrenze sprechen. Hierzu sagt das Regierungspräsidium, es stehe in der Presse, dass das in Ordnung ist. Eigene Daten scheinen nicht erhoben worden zu sein.</p> <p>Die Gesamtsituation ist für sie unbefriedigend. Die Kornwestheimer Industrie werde in Stuttgart erschlossen. Ungeklärt sei die verkehrstechnische Abwicklung.</p> <p>Laut Regierungspräsidium liege kein gravierender Formfehler vor, der ein Einschreiten rechtfertige. Man habe den Kornwestheimer Bebauungsplan rechtlich prüfen lassen. Das Ergebnis war, dass es sich beim Bebauungsplan Sieben Morgen 98 nicht um ein allgemeines Wohngebiet, sondern um ein Mischgebiet handelt. In der Begründung des Bebauungsplans ist explizit vermerkt, das Gebiet sei als</p>	<p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> erklärt, Stuttgart habe sich für einen Fernbusbahnhof am Flughafen entschieden. Nun drängen die Fernbusbetreiber an Stuttgarts Nordrand. Sie wollten die Haltestelle in Zuffenhausen ausdehnen bzw. haben andere, inakzeptable Standorte vorgeschlagen. Stuttgart hatte keinen Platz im Stuttgarter Norden anzubieten. Jetzt haben sich die Fernbusbetreiber für Kornwestheim entschieden. Der Oberbürgermeister hofft, dass der Standort am Flughafen von den Betreibern gut angenommen wird. Als der Bundesgesetzgeber die Privatisierung der Fernbusse genehmigt hat, wurde nicht wirklich an die Infrastruktur gedacht.</p>	<p>X</p>	
----------	--	---	----------	--

<p>Mischgebiet ausgewiesen, damit die B 27 a und der Containerbahnhof gebaut werden können. Nur kleine Parzellen des Gebiets Sieben Morgen sind als Allgemeines Wohngebiet ausgewiesen. Dort, wo am meisten Lärm ankommt, ist ein Mischgebiet ausgewiesen.</p> <p><u>Kornwestheim verfahren nach folgender Taktik:</u> Ein vor Jahren von der Region geplantes, über 100 ha großes Güterverkehrszentrum (GVZ) ist damals aus Lärmschutzgründen gescheitert, da die Stammheimer Bevölkerung nicht geschützt werden konnte. Jetzt weist Kornwestheim kleine Bebauungsplangebiete aus, um im Ergebnis das GVZ zu realisieren. Effekt ist, dass bei jedem Gebiet das Irrelevanz-Kriterium herangezogen werden kann, d.h. jede Anlage, die die Grenzwerte nicht überschreitet, wird ohne die Berücksichtigung der anderen Anlagen genehmigt. Es erfolgt keine Gesamtbetrachtung. Hierbei handele es sich um einen Trick, dessen Rechtmäßigkeit nicht geklärt sei. Aber wenn doch ein GVZ im Ganzen aus Lärmschutzgründen scheitert und nun im Einzelnen genau so wie ursprünglich geplant realisiert wird, könne das logischerweise doch nicht rechtmäßig sein! Der Lärmschutz bleibe aus Sicht der Stammheimer Bürger auf der Strecke. Hier hatte man Unterstützung und politische Intervention von der Stadt Stuttgart erhofft und erwartet, jedoch leider nicht erhalten.</p>	<p>Den Aspekt, dass durch die Aufteilung in Teilmengen ein anderer Effekt als durch die Gesamtbetrachtung erzielt wird, wird der <u>Oberbürgermeister</u> nochmals betrachten.</p> <p>Eine Antwort hierzu wird erfolgen.</p> <p><u>Bürgermeister Pätzold</u> betont, dass die Gespräche mit Kornwestheim noch nicht beendet sind und der Bebauungsplan Sigelstraße noch nicht beschlossen ist. Die Lärmmessungen gehen natürlich weiter. Die Interessen der Stammheimer werden weiter verfolgt. Da das Regierungspräsidium jedoch rechtlich nichts beanstandet, kann Stuttgart nicht den Rechtsweg beschreiten. Das Hauptgebiet, das auf Stammheimer Seite an die Industrie- und Gewerbegebiete grenzt, ist Allgemeines Wohngebiet. Das sei von Vorteil, da für die Anwohner günstigere Grenzwerte als bei einem Mischgebiet gelten. Man betrachte nicht nur die Lärmgutachten, sondern die</p>		<p>OB Ref. StU</p>
--	--	--	-------------------------------

		Lärmmessungen, so wird man sehen, ob zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden müssen.		
--	--	---	--	--

8	<p><u>Thema:</u></p> <p>Containerbahnhof Kornwestheim, Störung der Nachtruhe durch Piepsgeräusche, verursacht durch Kräne und LKW</p> <p>Nach Ansicht eines Bürgers stellen die Piepsgeräusche der Kräne und der rückwärts fahrenden LKW rund um die Uhr eine starke Lärmbelastung für den ganzen Stadtbezirk dar. Im Logistikbereich piepse alles, was sich bewegt.</p> <p>Was unternimmt die Stadt Stuttgart?</p> <p>Es gebe andere Maßnahmen und moderne Sensortechnik, die die Mitarbeiter warnt, sobald ein Kran / Gerät zu nahe kommt.</p>	<p><u>Bürgermeister Pätzold</u> gibt Hr. Kellner recht. Sicherheitsvorschriften führen zu dieser, auch nächtlichen Lärmbelastung.</p> <p>Bürgermeister Pätzold wird das Thema beim nächsten Gespräch mit Kornwestheim ansprechen.</p>	X	Ref. StU
---	--	---	---	----------

<p>9</p>	<p><u>Thema:</u></p> <p>Radverkehr in Stammheim, insbes. in der Freihofstraße</p> <p>Ein Bürger teilt mit, dass die Radinitiative in Zusammenarbeit mit dem Stadtplanungsamt vor drei Jahren hat eine 12-Punkte-Liste erstellt hat, wovon heute noch 11 Punkte offen oder abgelehnt sind. Die Gespräche und Aktivitäten hatten keinen großen Erfolg.</p> <p>Besonders kritisch ist die Situation in der Freihofstraße. Was kann hier getan werden, damit die Radfahrer nicht unerlaubterweise auf dem Gehweg fahren müssen, sondern sicherer auf der Straße.</p>	<p><u>Bürgermeister Pätzold</u> kennt die schwierige Situation in der Freihofstraße. Es besteht ein Platzproblem. Kraftfahrzeuge, Stadtbahn und Radfahrer müssen sich den engen Straßenraum teilen. Es gebe keine Gesamtlösung.</p> <p>Fahrradsymbole zwischen den Schienen seien nicht möglich, da es nicht üblich ist, bei gemeinschaftlich genutztem Straßenraum Markierungen für einzelne Verkehrsarten anzubringen.</p> <p>Bürgermeister Pätzold schaut sich die 12 Forderungen an und sorgt ggf. bei Ablehnung dafür, dass Hr. Breier eine Begründung erhält.</p> <p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> möchte den Radverkehrsanteil (nur 5-6%) deutlich erhöhen. An engen Stellen bestehe ein Nutzungskonflikt. Auch werde das Thema Radverkehr im Gemeinderat kontrovers diskutiert. Er habe dafür gesorgt, dass die Mittel und Stellen in diesem Bereich deutlich erhöht wurden. Man werde an Stammheim denken.</p>	<p>Ref. StU</p>
----------	---	---	------------------------

10	<p><u>Thema:</u></p> <p>Anbindung ÖPNV in Richtung Bad Cannstatt</p> <p>Ein Bürger lobt die gute Anbindung in Richtung Innenstadt, bemängelt jedoch die schlechte Verbindung beim Umstieg am Pragsattel in Richtung Bad Cannstatt. Laut Aussage der SSB könne man keine Abhilfe schaffen.</p> <p>Schwierig sei auch, dass Pendler von außerhalb Stammheimer Anwohnerstraßen zuparken.</p> <p><u>Thema:</u></p> <p>Verkehrssituation in der Burtenbachstraße</p> <p>Das Durchfahrtsverbot werde oft missachtet, es werde auch entgegen der Einbahnstraße gefahren. Die Situation sei besonders für die Kita- und Grundschulkinder gefährlich.</p>	<p>- keine Stellungnahme erfolgt -</p> <p><u>Bürgermeister Dr. Schairer</u> dankt für den Hinweis. Hier bestehe Handlungsbedarf, vielleicht baulich, da Kontrollen alleine wohl nicht ausreichen. Er wird das Thema an die zuständigen Stellen weiter leiten.</p>	<p>X</p>	<p>SSB</p> <p>Ref. RSO</p>
----	---	---	----------	--

<p>11</p>	<p><u>Thema:</u></p> <p>Verkehr im Bereich Möglinger-, Pflugfelder-, Asperger Straße, Situation rund um die JVA</p> <p>Laut einer Bürgerin wird der genannte Bereich als Schleichweg benutzt. Auch werde das LKW Durchfahrtsverbot missachtet. Dem Durchgangsverkehr in der Pflugfelder – und Asperger Straße müsse Einhalt geboten werden. Sie habe in 10 Minuten 84 Fahrzeuge mit meist auswärtigem Kennzeichen und oft überhöhter Geschwindigkeit in Richtung stadteinwärts beobachtet. Schon öfter habe sie vorgeschlagen, in der Pflugfelder Straße eine Blitzanlage aufzustellen. Es war früher einmal angedacht, die Strecke komplett zu sperren, wogegen sich die Gewerbetreibenden im Gebiet Wammesknopf gewehrt hätten.</p> <p>Es handele sich hier nicht um die P+R Problematik, sondern um Schleichverkehr. Sie fordert, die Schranke dicht zu machen und einen Schlüssel an Berechtigte auszugeben.</p> <p>Angehörige von Häftlingen würden im Wohngebiet parken und auch nachts lautstark mit den Inhaftierten Kontakt aufnehmen. Man habe Angst, auf die Straße zu gehen. Die Situation sei sehr belastend.</p>	<p><u>Bürgermeister Dr. Schairer</u> war nicht bekannt, dass die Situation so belastend ist. Es sei eine Verkehrszählung nötig und es müsse die Parksituation im Bereich der JVA betrachtet werden.</p> <p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> weist auf die Bemühungen des Verbands Region Stuttgart in Bezug auf die Einrichtung von P+R Parkplätzen hin. Er erkennt, dass nicht nur der Verkehr im Stadtkessel betrachtet werden darf, man müsse auch die Randgebiete anschauen.</p>	<p>X</p>	<p>Ref. RSO</p>
-----------	--	---	----------	------------------------

12	<p><u>Thema:</u></p> <p>Parkende Anhänger und Wohnanhänger</p> <p>Ein Bürger stört, dass man aufgrund dauerhaft abgestellter Anhänger und Wohnanhänger insbesondere im Geisinger Weg keinen Parkplatz findet.</p> <p><u>Thema:</u></p> <p>Braune Tonne</p> <p>Er begrüßt die Einführung der braunen Tonne und fragt, warum man diese selbst zur Leerung rausstellen muss.</p>	<p>Laut <u>Bürgermeister Dr. Schairer</u> stellt es ein Ärgernis dar, wenn Anhänger und Campingfahrzeuge nicht bewegt werden. Hier werde öffentlicher Straßenraum als Parkplatz missbraucht. Es handle sich jedoch oftmals um ein „Katz und Maus Spiel“, da ein Standortwechsel von 1 m / Tag ausreiche. Er werde dem Thema nachgehen und schauen, ob man mit Verkehrszeichen Abhilfe schaffen kann.</p> <p>Auch <u>Oberbürgermeister Kuhn</u> meint, man müsse genau hinschauen, dass Recht nicht trickreich umgangen wird.</p> <p><u>Bürgermeister Thürnau</u> erklärt, dass auch vor der flächendeckenden Einführung die braune Tonne selbst bereitgestellt werden musste.</p> <p>Aus Kostengründen habe der Gemeinderat beschlossen, das „Selbstrausstellsystem“ bei zu behalten.</p>	<p>X</p> <p>X</p>	<p>Ref. RSO</p>
----	--	---	---------------------------------	------------------------

<p>13</p>	<p><u>Thema:</u></p> <p>Was macht Stuttgart für die Jugend?</p> <p>Eine Bürgerin fragt, was Stuttgart für die Jugend mache. Es könne nicht sein, dass für viele Dinge wie z.B. für Stuttgart 21 Geld ausgegeben wird, aber Stellen im Jugendhaus gestrichen werden.</p>	<p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> erklärt, Stuttgart sei an viele Stellen für die Jugend tätig, z.B. im Bereich der Jugendhäuser, der Jugendtreffs oder der Jugendratswahlen.</p> <p><u>Bürgermeisterin Fezer</u> ergänzt und erinnert daran, dass aktuell in Stammheim die Mobile Jugendarbeit um eine weitere 50 % Stelle aufgestockt wurde.</p> <p>Da das Thema Stuttgart 21 in diesem Zusammenhang zu weit führt, bittet <u>Oberbürgermeister Kuhn</u> sie, nach Ende der Einwohnerversammlung Frau Bürgermeisterin Fezer zu erklären, an was genau es in Stammheim für die Jugend fehlt. Sie werde dann eine präzise Antwort erhalten.</p>	<p>X</p>	<p>Ref. SJG falls gewünscht</p>
-----------	--	---	-----------------	--

14	<p><u>Thema:</u></p> <p>Vermüllung</p> <p>Eine Bürgerin beklagt die zunehmende Vermüllung der Feldwege und des Stadtgebiets. Es sei ihr durchaus klar, dass daran auch die Bürger Schuld haben. Trotzdem müsse sich jemand für die Müllbeseitigung zuständig fühlen.</p>	<p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> stimmt ihr zu. Die Zuständigkeit sei geregelt, es gebe jedoch Schwierigkeiten bei der Finanzierung und bei den Ressourcen. Auch sei das Thema Sicherheit tangiert: Je größer die Vermüllung, desto unsicherer fühlten sich die Leute. Die Stadtverwaltung aber auch jeder Einzelne müsse etwas tun. Beispielsweise könne man beim Einkaufen auf weniger Verpackung achten.</p> <p><u>Laut Bürgermeister Thürnau</u> wird das Problem in zwei Schritten angegangen: Zum einen gebe es eine „schnelle Einsatztruppe“, die im gesamten Stadtgebiet eingesetzt wird, zum anderen gehe man mit dem Thema Abfallberatung in die Schulen.</p>	X	
----	--	---	---	--

<p>15</p>	<p><u>Thema:</u></p> <p>Mietpreisbremse, Wohnungsleerstand, Fehlbelegung</p> <p>Eine Bürgerin meint, nichts von der versprochenen Mietpreisbremse zu merken. Viele Wohnungen stünden leer, seien teurer geworden und großer Wohnraum sei oftmals nur von einer Person bewohnt.</p>	<p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> erklärt, dass die Mietpreisgrenze mittlerweile gilt. Hierbei gehe es um die Frage, wie hoch Mietpreiserhöhungen in einem gewissen Zeitraum sein dürfen. Leerstand sollte über einen längeren Zeitraum nicht bestehen, er habe diesbezüglich das Zweckentfremdungsverbot im Gemeinderat durchgesetzt. Oftmals verbleiben ältere Leute alleine in der Wohnung bzw. im Haus. Man wolle natürlich keine allein lebenden Menschen aus dem vertrauten Wohnraum schicken. Hierfür gebe es auch keine Rechtsgrundlage. Es handle sich um einen hoch sensiblen Bereich, der sehr behutsam angegangen werden müsse. Oberbürgermeister Kuhn wünscht sich für die Zukunft, dass mehr Möglichkeiten / passende Wohnangebote für ältere Menschen geschaffen werden und denkt z.B. an den Bau verkleinerbarer Wohneinheiten.</p>	<p>X</p>	
-----------	--	--	----------	--

<p>16</p>	<p><u>Thema:</u></p> <p>Kulturbudget für die Bezirke – Fehlende Verteilungsgerechtigkeit</p> <p>Eine Bürgerin hat das Thema bereits online eingebracht, da jedoch noch Ungereimtheiten bestünden, spricht sie es nochmals an.</p> <p>Sie zitiert aus einem Leserbrief des früheren Zuffenhäuser Bezirksvorstehers Wolfgang Meyle, erschienen am 08.01.2016 in der Nord-Rundschau:</p> <p>Ein Budget i.H.v. 57 000 € werde auf 11 von 23 Stadtbezirken verteilt. Ca. 17 000 € entfalle auf die nördlichen Bezirke, ca. 40 000 € auf die südlichen. Verteilungsgerechtigkeit sieht anders aus. Zitatende.</p> <p>Stammheim bekomme nichts aus diesem Budget. Das sollte geändert werden.</p>	<p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> sagt zu, zusammen mit Bürgermeisterin Dr. Eisenmann das Thema Verteilung des dezentralen Kulturbudgets anzuschauen und ihr eine Antwort zukommen zu lassen.</p>		<p>OB Ref. KBS Referat AK</p>
-----------	--	--	--	--

<p>17</p>	<p><u>Thema:</u></p> <p>Kulturbudget für die Bezirke – Fehlende Verteilungsgerechtigkeit</p> <p>Ein Bürger ergänzt die Ausführungen seiner Vorrednerin.</p> <p>Er habe zum Thema Kulturförderung einen Antrag in den Bürgerhaushalt eingebracht, der mit der Begründung, dies sei historisch so gewachsen, abgelehnt wurde. Diese Begründung kann so nicht akzeptiert werden. Er hat den Eindruck, man sei in Stammheim in gewisser Weise abgehängt, in Bezug auf Verkehr, Lärm, Kultur.</p> <p>Er bittet Herrn Oberbürgermeister Kuhn, sich für eine gerechtere Verteilung des Kulturetats einzusetzen.</p>	<p>siehe Nr. 16 <u>Oberbürgermeister Kuhn</u> sagt auch ihm eine Antwort zu, die dann auch im Bezirksbeirat kommuniziert wird.</p>		<p>OB Ref. KBS Ref. AK</p>
-----------	--	---	--	---

18	<p><u>Thema:</u></p> <p>Kreuzungsbereich Asperger Straße / Pflugfelder Straße, fehlende Mittellinie</p> <p>Ein Bürger wundert sich, dass im o.g. Bereich keine Mittellinie angebracht wird. Das sei ein Unding.</p> <p>Die Kurve werde oftmals geschnitten und es komme zu gefährlichen Situationen</p>	<p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> sagt zu, dass Bürgermeister Dr. Schairer die Örtlichkeit im Hinblick auf den Hinweis untersucht.</p>	X	Ref. RSO
----	---	---	---	----------

<p>19</p>	<p><u>Thema:</u></p> <p>Kleines Kaufhaus – Soziales, Second Hand Kaufhaus, geführt von der Neuen Arbeit</p> <p>Ein Bürger informiert über das umfangreiche Angebot des seit 5 Jahren bestehenden Kleinen Kaufhauses. Jedermann kann dort einkaufen. Die Mitarbeiter haben befristete Arbeitsverträge – Arbeitsgelegenheiten für Langzeitarbeitslose, bezuschusst vom Jobcenter und der Stadt Stuttgart. Es gebe außerdem ein hohes Spendenaufkommen.</p> <p>Auch im Hinblick auf die erwarteten Flüchtlinge sei die Einrichtung erhaltenswert. Durch die befristeten Arbeitsverträge hätten die Mitarbeiter jedoch keine Planungssicherheit. Z.B. sei an Weihnachten noch nicht klar gewesen, ob und wie es 2016 weiter geht.</p> <p>Er fragt, was die Stadt unternehmen kann bzw. unternehmen möchte, um die Einrichtung zu erhalten. Die Mitarbeiter sollten durch langfristige Arbeitsverträge Planungssicherheit haben.</p> <p>Er überreicht ein kleines Präsent des Kleinen Kaufhauses an alle Personen auf dem Podium, mit dem launigen Hinweis, dies bitte nicht als Bestechung zu werten.</p>	<p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> betont, wie wichtig es sei, dass Personen, die für den ersten Erwerbsarbeitsmarkt nicht leicht qualifizierbar sind, eine dauerhafte Beschäftigung finden.</p> <p>Die Regelung des zuständigen Bundesgesetzgebers, ausgeführt vom Jobcenter, besagt, dass derzeit nur befristete Arbeitsverträge möglich sind. Die Stadt gibt an vielen Stellen Mittel dazu, wie z.B. bei den Cap-Märkten. Oberbürgermeister Kuhn betrachtet die Aufgabe, diese Personen in Arbeit zu bringen auch als kommunale Angelegenheit.</p> <p>Jedoch sei man an die Bundesgesetze und die Förderungswege gebunden, auch wenn, wie in Stuttgart, das Jobcenter in kommunaler Hand ist.</p> <p>Um für ökonomische Stabilisierung zu sorgen sei wichtig, dass dort auch finanziell besser gestellte Leute einkaufen.</p>	<p>X</p>	
-----------	---	--	----------	--

20	<p><u>Thema:</u></p> <p>Geringe Wahlbeteiligung bei der letzten Jugendratswahl</p> <p>Ein Bürger wundert sich darüber, dass nach dem Anstieg im Jahr 2014 bei der letzten Jugendratswahl 2016 die Wahlbeteiligung wieder um 2,5 % zurück gegangen ist. Er fragt, ob man sich das erklären könne.</p> <p>Ferner informiert er darüber, dass in Stammheim aufgrund fehlender Kandidaten leider zum wiederholten Mal keine Jugendratswahl stattfinden konnte, es jedoch wieder eine Jugendrat-Projektgruppe gebe, die in den letzten Jahren schon viel erreicht habe.</p>	<p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> ist diese Entwicklung bekannt. Einziges Rezept sei, für den Jugendrat zu werben und die Erfolge publik zu machen. Er betont, dass die Kompetenzen des Jugendrats erweitert wurden. So habe der Jugendrat Rede- und Antragsrecht im Gemeinderat. Das zeige, dass der Gemeinderat die Jugendlichen in Bezug auf die Einflussnahme unterstützt. Er könne die Jugendlichen nur auffordern, sich zu engagieren, man könne dadurch viel lernen.</p>	X	
----	--	--	---	--

<p>21</p>	<p><u>Thema:</u></p> <p>Zukunft des städtischen Gemeindehauses</p> <p>Ein Bürger erläutert, dass die Freiwillige Feuerwehr in Kürze aus dem Gemeindehaus ausziehen wird, das dann in Teilen leer stehen wird. Das Gebäude sei marode und nicht wirtschaftlich sanierbar.</p> <p>Bei der Bürgerversammlung vor sieben Jahren habe der damalige Oberbürgermeister Schuster den Bau eines neuen Bürgerhauses mit Familienzentrum zugesagt, es sei jedoch nichts passiert.</p> <p>Die Stadtverwaltung solle zeigen, dass sie ein zuverlässiger Partner ist.</p>	<p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> weist darauf hin, dass der Umgang mit nicht eingelösten Versprechungen von Vorgängern grundsätzlich schwierig sei. Momentan werde überprüft, was in Bezug auf die frei werdenden Räume gemacht werden kann, damit mehr öffentliche Nutzung möglich wird. Ein Bürger- und Familienzentrum mit Kosten i.H.v. 5-6 Millionen € könne er ohne entsprechende Diskussion im Gemeinderat nicht zuzusagen.</p> <p><u>Bürgermeister Pätzold</u> erklärt, es gebe noch Planungsmittel aus dem vorletzten Doppelhaushalt. Die Planung werde auf Grundlage der Bürgerbeteiligung so weiter geführt, dass es im nächsten Doppelhaushalt angemeldet werden kann. Dann sei der Gemeinderat wieder am Zug, die Mittel bereit zu stellen. Jedoch werden auch Mittel für Bürgerhäuser von anderen Stadtbezirken gefordert.</p> <p><u>Oberbürgermeister Kuhn</u> erläutert, dass im Jahr 2017 die Diskussionen für den Doppelhaushalt 2018/19 laufen. Dann muss entschieden werden, was in den Haushalt eingestellt wird.</p>	<p>X</p>	
-----------	---	--	----------	--

dringlichen, sondern im erweiterten Bedarf aufgenommen, was in der Regel bedeute, dass die Maßnahme nicht so schnell umgesetzt wird, da zuerst der vordringliche Bedarf abgearbeitet werde.

Das Projekt sei in der Region umstritten. Für den Stuttgarter Kessel stelle der Nord-Ost-Ring keine große Entlastung dar. Außerdem sei er teuer. Stuttgart konzentriere sich vielmehr auf Maßnahmen, die eine sofortige Verkehrsentslastung bringen.

Oberbürgermeister Kuhn betont, der Bundesverkehrswegeplan habe noch keine Gesetzeskraft. Es handle sich um den Vorschlag des Bundesverkehrsministers und es gebe noch verschiedene Anhörungen.

Die Stadt Stuttgart habe die Straßenbaumittel, die sie in den nächsten Jahren vom Land bekommen kann, ausgeschöpft, weshalb kurzfristig nichts Größeres finanzierbar sei.

Oberbürgermeister Kuhn schließt die Einwohnerversammlung und dankt für das rege Interesse.